

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastr. 7, Fernruf 4423, Teleg.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Ott, Düsseldorf, Konkordiastr. 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Mein Volk!

Mein Volk, du wanderst den schweren Weg
über den Berg Athos;
den Berg der Schmerzen,
der zwischen Wehland und Frohland,
nebelumflogen, ragt vor den Toren der Zukunft.

Wisse, den Weg umwuchert wildes Gerant und
Dornengestrüpp.

In den Morästen lauern hungrige Mattern,
Gährende Klüfte bergen bitteren Tod.

Mein Volk, wandere kluglos den schweren Weg
über den Berg Athos;
den Berg der Schmerzen.
Hüte dich nur vor dem wilden Getier,
daß es dein Herz nicht zerreiße,
noch, daß dein Schritt nicht erlahme,
fern dem rufenden Ziele.

Senseits des nebelumwobenen Gipfels
wohnt das ewige Blühen,
leuchtet dein neuer Tag.
Ueber den Berg der Schmerzen, durch Nebel der letzten
Erkenntnis

steigst du selig hinab in die schimmernden Lande des ...
Friedens.
Sans Sturm in der „Deutschen Arbeit“.

Nach der rechts- nun eine links- spartakistische Wahnsinnspolitik.

„Das unverantwortliche Treiben der Reaktionen von rechts ist Wasser auf die Mühlen der Buttschützen von links.“ So schrieben wir noch in der zuletzt erschienenen Nummer unseres Verbandsorgans. Wie recht wir mit dieser Behauptung hatten, haben uns die Vorgänge der letzten Wochen im Reich gezeigt. Die Staatsstreicher von rechts mußten schon nach fünf Tagen Herrschaft von der politischen Schaubühne abtreten. Mit seltener Einmütigkeit erhob sich das ganze deutsche Volk gegen die Revolutionäre der Reaktion und zwang sie, von ihrem verfassungswidrigen und darum ungesetzlichen Vorgehen Abstand zu nehmen. Der schnelle Zusammenbruch der hochverräterischen Berliner Regierung zeigt uns so recht überzeugend den Zusammenbruch des Geistes der Gewaltpolitik. Mit vollem Recht schreibt Staatsrat Dr. Ludwig Haas in der „Frankfurter Zeitung“ mit Bezug auf den jähen Sturz der Buttschregierung: „Es ist das selbe, was wir im Krieg erlebt und woraus leider viele immer noch nicht die Lehre gezogen haben: die Ueberschätzung der Waffengewalt, die Unterschätzung der Idee.“ Der Staatsstreich der Reaktionen ist zusammengebrochen am starken Willen des deutschen Volkes, vor allem aber an der Kraft der Arbeiterschaft. Der Berliner Militärputsch sollte nach dem Wunsche seiner Urheber eine Rechtschwenkung der deutschen Politik herbeiführen. Er hat aber tatsächlich, wie das ja auch vorauszusehen war,

die Gefahr einer drohenden Radikalisierung in die allernächste Nähe gerückt. Das ist die traurigste Folge des jüngsten Militärputsches, daß er die Gefahr des Spartakismus von neuem entfesselt hat. Noch ist die Lage im Reich nicht völlig zu übersehen. Das ist aber jetzt schon sicher, daß der Berliner Staatsstreich in weiten Kreisen jene bolschewistische und spartakistische Rückwirkung hervorgerufen hat, die jeder Verständige als Folge des wahnsinnigen Unternehmens voraussetzen konnte.

Gegen den von rechts ausgehenden Umsturzversuch war in ganz Deutschland der Generalstreik inszeniert worden. Der Abbruch desselben war aber nicht so einfach wie seine Ausrufung. Die am weitesten links stehenden Teile der Arbeiterschaft stehen auf dem Standpunkte, daß sie nicht in den Generalstreik eingetreten seien, um die alte verfassungsmäßige Regierung Ebert-Dauer zu stützen. Sie machten darum die Aufnahme der Arbeit abhängig von der Bewilligung ihrer politischen Forderungen. Jetzt oder nie! Jetzt hielten sie ihre Zeit für gekommen. Jetzt glaubten sie mit Waffengewalt eine

Herrschaft der Diktatur des Proletariates errichten zu können. Besonders in einer Reihe von deutschen Industriestädten ist bereits eine Ausrufung der deutschen Räterepublik erfolgt und haben sich die linksgerichteten Kreise in der Arbeiterschaft gegen Recht und Verfassung die Ausübung der vollenziehenden Gewalt angeeignet.

Nur eine rühmliche Ausnahme hiervon soll Bochum machen. Nach einer Meldung des Bochumer sozialistischen Volksblattes, die wir nur mit allem Vorbehalt wiedergeben, sollen die Kommunisten des Industriebezirks die Forderung nach Aufriechtung einer Räterepublik und Beseitigung der Regierung Ebert-Dauer für diese Zeit fallen gelassen haben. Der Dortmunder Kommunistenführer Meinberg habe erklärt, „es gebe

keinen größeren Nutzen,
als jetzt die Räterepublik zu proklamieren“.

Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Zu wünschen wäre, wenn diese heute noch vereinzelte Anschauung mehr Gemeingut besonders in den Kreisen der deutschen Kommunisten würde. Leider liegen zur Zeit die Dinge so, daß Spartakus besonders in den industriereichsten Gebieten Deutschlands regiert. An einigen Orten herrscht der reinste spartakistische Terror. Dort hat man von seiten der unabhängigen radikalen Elemente auf Mitglieder der christlichen Gewerkschaften den allerschärfsten Druck ausgeübt, um dieselben mit aller Gewalt zu zwingen, Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen zu werden. So war es z. B. in Barmen den bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken beschäftigten christlichen Gewerkschaftlern des roten Terrors nicht einmal möglich, die Arbeit aufzunehmen und war auch die Stadtverwaltung einem solchen Treiben der unabhängig radikalen Fanatiker gegenüber völlig machtlos. Das ist die Freiheit und Demokratie der Staatsstreicher und Buttschützen von links. Aus diesen Vorgängen können wir wiederum erkennen, was dem deutschen Volke erst blühen würde, wenn im ganzen Reich Spartakus das Szepter schwingen würde.

Wir haben uns mit aller Entschiedenheit gegen eine Kapp-Lüttwitz-Regierung gewandt und dieselbe mit aller Schärfe verurteilt und bekämpft. Man wird uns auch für die Folge immer dann auf unserm Posten finden, wenn die Reaktion in Deutschland in irgend einer Form versuchen wollte, sich wiederum in den Sattel zu schwingen. Nachdem aber neuerdings wiederum Mitglieder unserer Organisationen von Seiten, die die Worte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ständig im Munde führen, drangsalieren und schikanieren worden sind nur wegen ihrer Ueberzeugungstreue, erklären wir, daß uns unter diesen Verhältnissen eine rechtsgerichtete Regierung lieber wäre als wie diese Tyrannei radikaler Sozialisten.

In der letzten Nummer unseres Verbandsorgans haben wir noch bemerkt: Jede Gewalt Herrschaft und jeder Umsturz einer zu Recht bestehenden Regierung ist ein Verbrechen am deutschen Volk.

Das gilt heute mit vollem Recht mit Bezug auf die bekannten Vorgänge in manchen deutschen Industriezentren. Dieselben Leute in linksradikalen Kreisen der Sozialdemokratie, die sich nicht genug entrüsten konnten über den Staatsstreich und den Putsch der Kapp-Lüttwitzleute, haben sich genau desselben Verbrechens am deutschen Volke schuldig gemacht. Trotzdem wir noch eine verfassungsmäßige Regierung haben, wurde von ihnen eine Räterepublik proklamiert und in manchen Städten die Kommunistenherrschaft aufgerichtet. Noch haben wir die deutsche Nationalversammlung, und doch wurde von den Radikalskizzen in verschiedenen Industriebezirken die Diktatur des Proletariates eingeführt. Nach der Verfassung des Deutschen Reiches ist die Neu- und Umbildung der Reichswehr Sache der Nationalversammlung. Die radikalen Draufgänger im sozialdemokratischen Lager sind aber entgegen Gesetz und Verfassung dazu übergegangen und haben eine rote Armee organisiert.

So lehnt eine Minderheit des deutschen Volkes die Volksfreiheit und Demokratie ab und kämpft mit Waffengewalt für die Diktatur des Proletariats. Das

sind vornehmlich die Kommunisten und die unabhängigen Sozialisten. Ihr Grundsatz ist:

Knebelung des Volkes durch eine Klasse mit Gewalt.

Die linksradikalen Elemente erschweren mit ihrer Gewalt- und Wahnsinnspolitik ungemein den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Genau so wie im vergangenen Jahre ist es auch jetzt wieder zu schweren Konflikten gekommen. Ja, die blutigen Verluste sind noch viel schrecklicher als wie jene des Vorjahres. Mit Handgranaten und Maschinengewehren haben diese linksradikalen gewütet. Ihr Kampf gegen die verfassungsmäßige Regierung wird mit den allerschärfsten Kampf- und Machtmitteln geführt.

Als im Frühjahr 1919 der Kampf von links wütete und Wirtshäuser der Arbeiter die Räterepublik errichten wollten, da haben die christlichen Gewerkschaften scharf dagegen angekämpft. Wir wollten damals und wollen auch jetzt keine Knebelung der Volksfreiheit. Im Frühjahr des vorigen Jahres hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine klare und entschiedene Stellung gegen den linksradikalismus eingenommen. „Jede einseitige Herrschaft einer Klasse widerspricht den wahren demokratischen Grundsätzen und ist unvereinbar mit dem Gedanken der Volkssolidarität.“ Ohne Zweifel ist dieser Standpunkt richtig: Volksgemeinschaft — Volkssolidarität. Dieser Standpunkt muß auch auf das jetzige ungesetzliche gewalttätige Vorgehen der linksradikalen Anwendung finden. So wie wir jede Diktatur von rechts abgelehnt haben, ebenso entschieden wenden wir uns auch gegen jede Diktatur von links. Nach wie vor stehen wir auf dem Boden der Demokratie. Darum können wir allüberall im Reich nur eine vom Volke gewählte Regierung anerkennen.

Es ist bezeichnend, daß auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, an ihrer Spitze Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der freien Gewerkschaften, sich an die Spitze einer Bewegung stellten, die die Arbeitsaufnahme von der Bewilligung politischer Forderungen abhängig machte. Daraus schon ist klar erkennbar, daß starke Kräfte auch in der Mehrheitssozialdemokratie mit den radikalen Bestrebungen sympathisieren. Bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern wird hauptsächlich die Furcht mitsprechen, daß ihnen die Zügel der Führung entgleiten, wenn sie nicht der Stimmung des größten Teiles der ihnen folgenden Arbeiterschaft Rechnung tragen. So rücken auch die freien Gewerkschaftsführer in immer nähere

Nachbarschaft zu den Unabhängigen u. Kommunisten.

Die freien Gewerkschaftsführer ernten jetzt das, was sie selbst jahrzehntelang gesät haben. Mit ihrer Linkschwenkung hören sie immer mehr auf, Führer zu sein. Die immer weiter fortschreitende linksradikalisation degradiert sie mehr und mehr zu Geführten. Damit rückt die Gefahr einer Zertrümmerung der deutschen Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgebern in recht bedrohliche Nähe und als weitere Folge hiervon eine ernste Gefahr für unser deutsches Volks- und Wirtschaftsleben. Nur Ruhe und Stetigkeit im deutschen Wirtschaftsleben kann uns besonders in dieser Zeit aus der drückendsten Not befreien. Eine Gewalt- und Wahnsinnspolitik der Unabhängigen Radikalen würde uns aber totlicher schon in allernächster Zeit vollends dem Ruin entgegenführen. Die Folgen einer solchen Politik, insbesondere auf das wirtschaftliche Leben Deutschlands, würden in erster Linie für uns Arbeiter und Arbeiterinnen geradezu entsetzlich sein.

Wir christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen sind entschiedene Gegner dieser linksspartakistischen Wahnsinnspolitik. Wir erklären uns auch mit allem Nachdruck gegen die Anwendung von roher Gewalt in jeder Form und verurteilen auf das schärfste jede Diktatur. Wir wollen endlich Ruhe und Ordnung im Deutschen Reich, damit sich vor allem das Wirtschaftsleben wieder erholen kann und das deutsche Volk von der drückendsten Not befreit wird. Weil wir gegen jeden Umsturz der Ordnung sind und nur einen baldigen Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens erstreben, sammeln wir alle Gleichgesinnten in dieser schweren Zeit um das Banner unserer christlichen Gewerkschaften.

Niemals war die Stärkung unserer Bewegung notwendiger als jetzt in dieser Zeit des roten Schreckens und der spartanischen Wutpolitik. Wie die Nachkommen aus dem Reich erlernen lassen, machen wir wieder einmal einen Bürgerkrieg mit, der erneut

Die ernsteste Gefahr für unser Volk und Wirtschaftsleben

herausbeschreibt. Es ist durchaus keine Ubertreibung, wenn man behauptet, daß der Bestand des Reiches auf dem Spiele steht. Der Bolschewismus brandet durch das Land und seine Anhänger halten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, unsere christlichen Gewerkschaften durch Terror zu beseitigen.

Diesen Terror müssen wir brechen!

Es ist heiligste Pflicht aller das Vaterland und die Ordnung liebenden Volksgenossen, jetzt einmütig zusammenzustehen und die bolschewistische Gefahr abzuwenden. Unseren terrorisierten christlichen Gewerkschaftlern steht der weitgehendste Schutz unserer Organisationen zur Seite. Wir bitten alle terrorisierten Mitglieder, sich vertrauensvoll an ihre Führer zu halten.

Jetzt heißt es durchhalten und durchhauen!

Alle Kräfte müssen angespannt werden. Alle Mittel müssen dem Kampf gegen den roten Terror dienen. Dem Wahnsinn der Kätebiktatur müssen wir uns mit aller Macht entgegenwerfen. Alle Besonnenen müssen wir mit uns reihen zur Wiederherstellung von Ordnung und gesetzmäßigem Zustand. Alle noch christlich denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen, insoweit sie Mitglieder freier Gewerkschaften oder sonstiger sozialdemokratischer Verbände sind, müssen nun endlich aus ihrem Widerspruch heraus und unsere Bewegung durch ihren Uebertritt stärken. Für unser leidendes Volk und für unsere Ueberzeugung dürfen wir jetzt keine Opfer scheuen. Wir müssen uns jetzt als christliche Männer und Frauen bewähren und an die Zukunft unserer Kinder denken.

Bewahren wir uns und unserer christlichen Gewerkschaftsfrage jetzt die Treue. Legen wir offen Mut und Vertrauen zur christlichen Gewerkschaftsbewegung an den Tag. Nur mehr Rückgratfestigkeit, und wenn es sein muß, auch Rücksichtslosigkeit gegenüber den roten Terroristen. Dann werden schon die Bäume der unabhängig-radikalen Gewaltmenschen nicht in den Himmel wachsen und der Geist der Gewaltpolitik wird wiederum zusammenbrechen. Dann wird, wie schon so oft, auch diesmal die Idee den Sieg über die Waffengewalt und die Machtpolitik davontragen.

Gegen die Ubertreibungen bestimmter Interessentenkreise

wandten wir uns in der Nummer 7 in einem Artikel mit der Ueberschrift: Planlosigkeit in unserem Wirtschaftsleben. Wir mußten darin u. a. bedauern, daß man bisher noch kein Mittel gefunden habe, an unsern Grenzen Ordnung zu schaffen. Die Vorbedingung für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens sei, daß das sogenannte Loch im Westen gestopft wird. Entschieden wandten wir uns gegen jene Kreise, die zum Schaden des deutschen Volkes durch Schiebungen Geschäfte zu machen suchten und bemerkten, daß für diese Kreise nur der Nutzen ihres Geldbeutels ausschlaggebend für ihr Handeln sei. Wir wiesen dann ferner noch auf die Tatsache hin, daß manchen Handelskammerpräsidenten und Industriemagnaten anscheinend die Demokratisierung des Wirtschaftslebens nicht gefalle und dieselben darum scheinbar alle Maßnahmen, die vom Reichswirtschaftsministerium getroffen würden, sabotierten.

In der Nr. 17 der vom Herrn Dr. Eschierschly in Berlin herausgegebenen Halbmonats-Zeitschrift „Deutsche Baumwollindustrie“ wird nun in einem Artikel, überschrieben: „Das Loch im Westen und die christliche Textilarbeiterzeitung“ etwas zu widerlegen versucht, was von uns niemals behauptet worden ist. Von uns ist niemals und nirgendwo behauptet worden, daß die Errichtung einer Zollgrenze im Westen Aufgabe der Industrie sein müsse. Wir haben ausdrücklich hervorgehoben, daß es doch schon hätte möglich gemacht werden können, mit Hilfe der Industrie und des Handels das Loch im Westen zu stopfen. Nun ist es aber immer offener geworden, daß gerade diese Kreise versucht haben, die auf eine Verstopfung des Loches im Westen bezüglichen Pläne des Reichswirtschaftsamtes zu zerlegen und sie nicht zur Durchführung kommen zu lassen, wie es auch immer mehr den Anschein gewinnt, daß der Großindustrie und den Handelskreisen eine Mitwirkung der Arbeiterzeitung bei der Demokratisierung des Wirtschaftslebens ein Dorn im Auge ist. Wir können es der „Deutschen Baumwollindustrie“ schon nachfühlen, wenn sie die Großindustriellen in Schutz nimmt und auf dieselben nicht das Odium des „Schiebens“ kommen lassen will. Damit wird das aber nicht aus der Welt geschafft, was von uns behauptet wurde, daß Industrie und Handel durch die Schiebungen Geschäfte machen.

Die „Deutsche Baumwollindustrie“ will doch nicht im Ernst glauben machen wollen, daß nicht im Westen „geschoben“ würde, denn sie schreibt ja selbst in ihrer Entgegnung von einer „Masseneinfuhr, der die Regierung auch heute noch vollkommen machtlos gegenübersteht.“

Wenn in den Kreisen der Industrie und des Handels hinsichtlich der Errichtung einer wirklichen Zollgrenze im Westen zeitgemäßere Auffassungen Platz gegriffen haben, soll uns das nur freuen. Von einer wirklichen Zollgrenze wird das ganze Volk nur Nutzen haben. Vielleicht wird die „Deutsche Baumwollindustrie“ nun mit der Bemerkung quittieren, daß in Industrie- und Handelskreisen man noch stets gegen den deutschen Ausverkauf vorgegangen wäre. Es ist dem aber nicht so. Noch in der Nr. 18 des „Konfektionär“ vom 29. Febr.

1920 wird ein Artikel des Syndikus der Berliner Handelskammer Herr Dr. Feitelberg veröffentlicht, der sich darin über die Kriegs- und Friedenswirtschaft in der Textilindustrie verbreitet und zum Schluß wörtlich ausführt:

„Dann folgte der Ausverkauf Deutschlands, an dem die Textilbranche nicht unschuldig ist, das Ausfuhrverbot war die Folge, um einer Verschleuderung ins Ausland vorzubeugen.“

Ob die „Deutsche Baumwollindustrie“ auch den Syndikus der Berliner Handelskammer nicht gelten lassen will als einen „Kenner der tatsächlichen Verhältnisse“? Wenn wir es für angezeigt halten, werden wir auch für die Folge gegen jede Geschäftemacherei auf Kosten des deutschen Volkes ankämpfen, unbeeinträchtigt durch, ob die „Deutsche Baumwollindustrie“ unser Vorgehen als von „agitatorischen“ Gesichtspunkten diktiert, hinzustellen versucht.

Allgemeine Rundschau.

Eine lebhaftere Auseinandersetzung zwischen den Bergwerksbesitzern und dem Reichswirtschaftsministerium hat in den letzten Wochen stattgefunden.

In Nr. 5 vom 31. 1. haben wir bereits berichtet, daß die Bergbesitzer einen höheren Kohlenpreis fordern für „Erhaltung der jetzigen Förderung und Wiedererlangung der Friedensleistung“. Das Reichswirtschaftsministerium stellte sich in der Sitzung des Reichskohlenrates vom 14. Januar auf den Standpunkt, daß die Forderung nichts anderes bedeute, als daß die ganzen Neuanschaffungen ohne weiteres in einem Jahre vom Verbraucher bezahlt werden sollten. Der Verbraucher soll also dem Unternehmer die durch die Geldentwertung notwendige Kapitalerhöhung mit einem Schlage geben. Könnten die Unternehmer auf andere Weise als aus dem Preise das Kapital nicht erhalten, so soll erzwungen werden, ob es nicht möglich sei, daß die Allgemeinheit zumindest hinsichtlich der Verwendung der sehr großen hierfür bereit gestellten Kapitalmasse eine sichere Kontrolle erhalte. Die Bergbauunternehmer wollen diese Kontrolle nicht. Am 1. März ist der Kohlenpreis wegen der gesteigerten Produktionskosten abermals um 15 M. pro Tonne erhöht worden, das genügt den Bergwerksbesitzern nicht. Sie halten trotz der Preiserhöhung an ihrer Forderung, den Kohlenpreis um weitere 18 M. pro Tonne zu erhöhen, fest, lehnen aber nach wie vor ab, irgend einer Instanz ein Kontrollrecht einzuräumen. Die Bergwerksbesitzer zogen alle Register, um das Reichswirtschaftsministerium von seinem u. U. ganz richtigen Standpunkt abzubringen. Nachdem am 14. Januar im Reichskohlenrat keine Verständigung erzielt werden konnte, fand am 28. Februar abermals eine Sitzung statt. Aber auch diese Sitzung mußte nach lebhafter Auseinandersetzung ergebnislos abgebrochen werden. Erst argumentierten die Bergwerksbesitzer damit, eine Kapitalbeschaffung am Geldmarkt für die Bergwerke sei unmöglich, weshalb eine Preiserhöhung erfolgen müsse. Jetzt aber, wo sie merken, daß das Reichswirtschaftsministerium nicht locker läßt, erklären sie, das notwendige Geld auch auf andere Weise bekommen zu können. Sie

Weh denen, die es unterlassen Dem blinden Volk den Star zu stechen. Blind wird es Feuerbrände fassen; Ein toller Brand wird Sünden rächen.

Schiller.

Etwas über die Mitarbeit der Frau am Volksganzen.

Gib der Welt, auf die du wirkst, die Richtung zum Guten, so wird der Rhythmus der Zeit die Entwicklung bringen.

Frühlingsstürme sind es wahrhaftig nicht, die uns um die Köpfe wehen — obwohl nichts näher läge in diesen Tagen des Knospens und Sprühens. Andere Stürme sind es. Am politischen Himmel zogen sich drohende Wolken zusammen — das Gewitter war da, der Blitz zündete, was sprühende Fontänen und nun groß und tollt es um uns und auch wohl in uns. Ramentlich im Industriegebiet. Man fragt sich unwillkürlich: Was nun? Wie trüb ist doch die Gegenwart und wie trostlos die Zukunft! — Es schien als ob das Labyrinth der Leiden, das uns nun schon fast sechs Jahre hindurch umgab, endlich einen Weg freigegeben habe, auf dem wir ruhig und sicher langsam wieder aufgestiegen seien. Es schien so — heute sehen wir, daß wir noch nicht zu Ende sind, daß es im Volkstörper noch weiter gärt. Nicht miteinander, gegeneinander steht das Volk und juchend steht das Gepeitsch des Bürgerkrieges, die Gefahr des Bolschewismus vor uns.

„Politik verdirbt den Charakter“ sagt man wohl schon einmal und es scheint, als ob dieses Wort aus bitteren Erfahrungen heraus geboren sei. Denn, die augenblicklich im Reich herrschenden Zustände geben uns aufs neue die Bestätigung. Die Politik der Rechten züchtete Hochverräter wie Kapp und Genossen, die ihre eigenen Interessen, nicht aber das Wohl des ganzen Volkes im Auge hatten. Die Politik der Linken ist auf Klassenhaß und Diktatur eingestellt und erstrebt mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln die Kätepublik nach russischem Muster.

Die bis jetzt getriebene Politik hat uns an einen Abgrund gebracht, dessen gähnende Klüft uns zu verschlingen

droht, wenn wir uns nicht statt in die Riemen legen und zurück bremsen.

Politik verdirbt den Charakter — verdirbt ihn zusehends bei den Frauen. Wenn wir zurückgreifen auf die Geschicknisse der Zeit — wir müssen schon sehr weit zurückgreifen — finden wir schon im 17. Jahrhundert in England sogenannte Fischweiber „wilde Wahlweiber“ die demonstrierten, und während der französischen Revolution am 6. Oktober 1789 zog ein Zug der Frauen aus den Vorstädten von Paris nach Versailles um auf die zu gebende Staatsform mit einzuwirken. Ich sah ein Bild das diesen Zug darstellt, es war ein Anblick, der einem das Blut bis in die Schläfen trieb — so wüß und brutal. Und vorne: Elberfeld steht im Zeichen von Spartakus. Auf dem Rathaus ist das Hauptquartier. „Drei sich ausdrücklich immer wieder als Kommunisten vorstellende Frauen“ leiten die Auskunftsabteilung. So berichtet eine Tageszeitung

Wir sollten uns doch über eins klar sein. Die Mitarbeit der Frau am Volksganzen, die Politik der Frau soll andere Formen haben als die, wie sie den Männern zu eigen sind. Die Frau soll ihren staatsbürgerlichen Pflichtenkreis um ganz andere Dinge ziehen, weil ihre Mission ganz anders erfüllt werden muß. Wir haben allerdings die gleichen Rechte und Pflichten wie die Männer, aber immer noch nicht den Freibrief für Dinge, die außerhalb der Frauenwelt liegen. Wir haben wohl das Recht auch unsere Meinung zu den Vorgängen zu sagen, unsere Stimmen zu erheben, unser Wort am rechten Ort und zu rechter Zeit zu tun. Aber dieses Wort sei rein und gut! Wir als Christen können und müssen die rechte Sprache finden weil unser Christentum, auch unsere Bewegung, ganz andere Ziele hat, Ziele voll ethischer Kraft, die den Kommunisten und Sozialdemokraten fehlen. Das ist letzten Endes unsere Ueberlegenheit im Kampf der Geister der Jetztzeit, unsere Kraftquellen, die im echten Christentum ihre Quelle haben. Die religiös ethischen Ziele ziehen auch den scharfen Trennungstrieb zwischen uns und der Sozialdemokratie. Einst glaubten die Sozialdemokraten mit ihrem Materialismus die Religion völlig zum Absterben zu bringen. Das Christentum hofften sie bald überwunden zu haben. Heute mehren sich die Stimmen, die „das starke Verlangen nach Religion“ in sich spüren. Sie fühlen langsam, daß „in der Religion allein eine reifliche Bindung der Menschen an die höchsten Ideale“ zu erreichen ist. Die Stimmen der Einsichtigen sind es. Die Massen, denen der Zukunftsstaat so ganz

andere vorgelebt wurde, leben noch im Wahne dieser alten Idee und suchen noch in äußerlichen Dingen ihre Befriedigung in der Politik der Straße. Da wird sie zu schleißendem Gift, das Unzufriedenheit und Haß in sich trägt.

Bismarck hat einmal den Satz geprägt:

„Ich sehe in der häuslichen Eradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsere politische Zukunft als in irgend einer Bastion unserer Festungen.“ Die Festungen sind ja unzeitgemäß geworden, aber man könnte statt dessen sagen: „als in irgend einer bewaffneten Kommunistenschar.“

Stärken wir den Gedanken der Häuslichkeit und schaffen wir an anderen Dingen, die uns Frauen viel näher liegen. Was wir der Menschheit zu geben haben, ist das Heim und sonst nichts. Hören wir was die bekannte schwedische Schriftstellerin S. Lagerlöf darüber sagt: „... Wir haben an diesem kleinen Gebäude gebaut von jeher, seit der Zeit unserer Stamm-mutter Eva. Wir haben den Bauplan geändert; wir haben Versuche angestellt; wir haben neue Entdeckungen gemacht, wir sind zum alten zurückgekehrt, wir haben uns angepasst; wir sind ausgegangen und haben die Tiere gezähmt, die wir in unserem Hause brauchten; wir haben aus den Pflanzen der Erde die fruchttragenden Bäume ausgesucht, saftige Beeren, Samen und Blumen. Wir haben unser Haus geschmückt und mit mannigfachen Gerät versehen; wir haben die Sitte, Behagen, Höflichkeit und gesellige Unterhaltung gebracht; wir haben Kinder erzogen.“

Für das Heim sind wir groß gewesen, für das Heim sind wir auch klein gewesen. Nicht manche von uns standen wie Christine Gyllenstierna auf den Mauern Stockholms und verteidigten die Stadt — noch weniger haben wir wie die Jungfrau von Orleans fürs Vaterland gekämpft. Aber wenn sich der Feind unserer Türe näherte, standen wir mit Besen und Spülloch, mit scharfer Junge und starker Hand bereit bis zum äußersten unsere Schöpfung, das Heim, zu verteidigen. Ist nun das kleine Bauwerk, das so viele Anstrengung gekostet hat, ein Erfolg — ist es ein Misserfolg? Ist dieser Zoll, den die Frau der Zivilisation gab, unbeträchtlich oder wertvoll? Wird er verachtet oder anerkannt?

Wollen wir die Antwort darauf haben, so brauchen wir nur auf das zu lauschen, was wir um uns herum hören: warum will es mit dem und jenem nicht vorangehen? Weil ihm der Vorzug der guten Erziehung fehlt! Warum z. B. kann dieser oder jener so viel besser den

verlangen unter allen Umständen, daß die Beteiligung der Allgemeinheit bei Erstellung von Neuanlagen auszuscheiden ist, aber die Kosten der Ergänzungsanlagen und Materialgestellung auf den Kohlenpreis geschlagen werden müssen. Würden die Unternehmer ihr Vorhaben durchsetzen, dann wäre damit Schiebung von Tür und Tor geöffnet. Die Grenze, was Neuanlagen und was Ergänzungsanlagen sind, ist nicht immer genau zu umschreiben. Es würden auf Kosten des Kohlenpreises die meisten Anlagen unter der Rubrik „Ergänzungsanlagen“ figurieren. Die Bergwerksbesitzer würden ihre Unternehmungen ausbauen und erweitern und wenn dann die Unternehmungen veräußert würden, würde zweifellos der Wert dafür in Anschlag gebracht, der durch die Neuanlagen und Ergänzungsanlagen wesentlich gestiegen ist. Ein solches Geschäft kann den Unternehmern gefallen.

In dem Aufruf des deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Betriebsräten heißt es: „Gegen das alte Herrenmenschtum, gegen die Alleinherrschaft des Profits, für das das Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers, für eine Wirtschaft im Dienste des Gemeinwohles“. Das gilt auch für den Bergbau. Die Zeiten der reinen Profitwirtschaft sind vorbei. In einer Zeit, wo alle Schichten der Bevölkerung Opfer bringen müssen und kaum mit ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt bestreiten können, darf es nicht vorkommen, daß einige Wenige ohne jegliche Kontrolle hohe Gewinne erzielen können. Die Kohlenförderung nimmt in den letzten Wochen dank der intensiven Arbeit und der Ueberstunden der Bergarbeiter zu. Wir fürchten, daß das Verhalten der Unternehmer wieder ungünstig auf die Kohlenförderung einwirken kann, wenn sie ihren Willen durchsetzen. Das R. W. M. sollte sich von dem einmal eingenommenen Standpunkte nicht abbringen lassen. Entweder die Unternehmer suchen das Kapital für den Ausbau ihrer Unternehmungen anderwärts, oder aber, wenn sie die Gelder dafür in der Form einer Kohlenpreiserhöhung von der Allgemeinheit fordern, hat diese auch ein Mitbestimmungsrecht und Kontrollrecht in irgend einer Form.

Wiederherstellung der Rechte aus Versicherungen.

In einer Bekanntmachung vom 20. Dezember 1917 wurde bestimmt: „Sind die Rechte aus einer mit einem privaten Versicherungsunternehmen geschlossenen Lebens- und Krankenversicherung nach dem 31. Juli 1914 erloschen oder gemindert, weil der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragsmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, die Wiederherstellung der Rechte aus der Versicherung zu erlangen. Die nicht rechtzeitige Erfüllung einer Zahlungspflicht gilt als durch den Krieg verursacht, wenn sie auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Versicherungsnehmers zurückzuführen ist.“ Der Vorstand des Versicherungsunternehmens stellt die allgemeinen Bestimmungen über die Voraussetzungen und den Umfang der Wiederherstellung fest. Der Antrag auf Wiederherstellung ist schriftlich unmittelbar an den Vorstand des Versicherungsunternehmens zu richten. Tritt nach der Ablegung des Antrages der Versicherungsfall ein, so bleibt das Recht auf Wiederherstellung unberührt. Wichtig ist

Versuchungen des Lebens widerstehen? Weil seine häusliche Erziehung die richtige war! — Ein anderes verfehltes Leben! Warum? fragen sie. Wieder zum größten Teil der falschen Erziehung, die er zu Hause bekam, zuschreiben. Wie kommt es nur, daß dieser Mann all das Unglück ertragen konnte? Weil sein Weib seine Würde durch ein glückliches Heim erleichtert hat.

Und eine andere „Isabella Kaiser“, als man sie über ihre Meinung in der Frauenfrage fragte, sagte: „Bist du sie (die Frauenfrage) nicht selbst täglich in der schlichtesten, heiligsten Weise, wenn du deinem Gatten das Bespernmahl bereitest, deines Kindes Schularbeiten übersehest und abends mit ihnen ein Vaterunser betest?“ Das sei unser Einfluß auf die Geschicke und denken wir daran, daß das Frauenideal gerade für bittere Verhältnisse ist: „mulier fortis“ die starkmütige Frauenseele. In der Tat lehrt uns die Wirklichkeit, daß bei harten Schicksalsschlägen oft Männer gebrochen zusammensinken und sich nur schwer oder gar nicht mehr erheben, während ein edles Frauengemüt trotz aller reichlich fließenden Tränen und reichlich strömenden Klagen mit wahrhaft elastischer Seele ins Unvermeidliche sich fügt und auch bald belebend, festigend, ermutigend auf die Umgebung wirkt.

Diese große, vom Schöpfer der leidensfähigen Frauenseele zugedachte Aufgabe sollen die deutschen Frauen in den jetzigen schweren Stunden in besonderem Maße erfüllen. Daher die rechten Gedanken in die Köpfe! die rechten Entschlüsse in die Herzen!

Darum auch! Strenge gegen die Verantwortungslosen jeder Art. Strenge in der Solidität der eigenen Arbeit, der eigenen Pflichtauffassung. Ohne diese moralischen Kräfte ist kein Aufstieg möglich. Oben sind billig, wenn sie nicht Seele realer Arbeit werden. Die schlimmste Verwahrlosung ist der Verfall der sachlichen Gewissenhaftigkeit, die Oberflächlichkeit, Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit in der Leistung. Die zu geistiger Führung Berufenen müssen wieder den Willen zur Konzentration, alle Arbeitenden die Treue lernen. Jeder Aufbau vollzieht sich durch millionenfache Treue, ohne sie sind die Fundamente nicht zu schaffen. Und im Verfall der Ziele, der Meinungen, dem Verfall der Autorität, wird das Gesellschaftsgefüge nur noch durch das eine getragen: diese Treue der täglichen Arbeit. In ihr liegt eine unendliche aufbauende Kraft. Das „Soll“ der Millionen. Sie muß unser Fort sein.

Christine Holzgens.

zu wissen, daß der Antrag bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges gestellt werden muß. Als Zeitpunkt der Beendigung des Krieges hat der Reichswirtschaftsminister den 10. Januar 1920 bestimmt. Am 10. Juli d. J. wäre somit die Frist abgelaufen. Die Kollegen, deren Rechte in einer Lebens- oder Krankenversicherung aus den angegebenen Gründen erloschen oder gemindert sind, dürfen diese Frist nicht verstreichen lassen. Wird die Genehmigung oder Festsetzung der allgemeinen Bestimmung für die Wiederherstellung erst nach Beendigung des Krieges bekannt gemacht, so wird die Frist durch die Aufsichtsbehörde festgesetzt. Sie muß mindestens sechs Monate von der Bekanntmachung an betragen. Es kann jedoch auch der Fall eintreten, daß Antragsteller an der Einhaltung der Frist verhindert worden sind (z. B. weil sie noch in Gefangenschaft sind oder durch einen anderen Grund, der in den Kriegsverhältnissen seine Ursache hat). Für diese endet die Frist erst sechs Monate nach Wegfall des Hindernisses.

Christliche Gewerkschaften und katholische Ständevereine.

Am 9. März d. J. hat in Berlin eine gemeinsame Sitzung führender Kreise der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine stattgefunden. Von der Gewerkschaftsseite nahmen u. a. v. a. v. Minister Stegerwald, die Kollegen Brauer, Kaiser und Janzen vom Generalsekretariat, sowie mehrere Vorsitzende von Zentralverbänden; seitens der Arbeitervereine waren vertreten der ost-, west- und süddeutsche Verband, vom Gesamtverband der Jugendvereine Generalbräuer Mostertz.

Gegenstand der Aussprache war die Frage, ob sich im Laufe der letztjährigen Entwicklung wesentliche Veränderungen in Beziehungen, in der Aufgabenverteilung und in der Zusammenarbeit zwischen den beiderseitigen Organisationen ergeben hätten.

In der ausgedehnten Beratung trat eine völlige Uebereinstimmung über die Auffassung der Sachlage zutage. Die christlichen Gewerkschaften besahen nach wie vor im Interesse der notwendigen sittlichen Fundamentierung ihrer Eigenart die Existenz und die Lebensgestaltung einer religiös-sittlichen Ständebewegung, wie sie gegeben ist für den katholischen Teil ihrer Mitglieder in den katholischen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen.

Die christlichen Gewerkschaften halten an der Ueberzeugung fest, daß nur die vom Geist des Christentums durchdrungene Persönlichkeit, die sich im Leben behauptet und durchsetzt, Voraussetzung und zugleich Bürgschaft für eine in sich gefestigte, zielklare christliche Gewerkschaftsbewegung sein kann. Es bedarf die praktische Arbeit der christlichen Gewerkschaften der tiefen eigenen sittlichen Begründung, die sie nur herleiten kann aus dem Grundgehalt des lebendigen Christentums, wie auch die Umlegung der materiellen Errungenschaften in Kulturwerte nachhaltig nur von religiös-kulturellen Ständegemeinschaften getragen und gepflegt werden kann.

Die weiten Arbeitsgebiete der Bildung, des gemeinsamen Rechtsarbeitandes und der Wohlfahrtspflege, der politischen Schulung und Ständeververtretung sind den konfessionellen Ständevereinen im wesentlichen vorbehalten. Die christlichen Gewerkschaften wünschen, daß diese Vereine auf den bezeichneten Gebieten mehr als bisher eine frische Initiative entfalten möchten. Sie werden von sich aus bei der Werbearbeit für die Betriebe kräftig mitwirken.

Die Frage der Lebensmittelversorgung

des Industriebezirks ist zufolge eines Drahtberichtes der „Kölnischen Zeitung“ auf dem höchsten Gefahrenpunkt angelangt. In Dortmund sind nach Verteilung der letzten noch verfügbaren Brotmengen von 2 kg auf den Kopf der Bevölkerung die Mehlbestände vollständig erschöpft. Die Hülsenfrüchte reichen noch für eine Woche. Insgesamt sind nur noch für 14 Tage Lebensmittel für die Dortmunder Bevölkerung vorhanden. Die anderen Städte des Industriebezirks sind etwas besser gestellt. In Bezug auf die Brotversorgung besteht aber kein großer Unterschied.

Nach einem Telegramm des Dezerenten sieht der Regierungspräsident sich infolge der Unterbindung der Zufuhren genötigt, zur Streckung der noch verfügbaren geringen Mehlvorräte, die wöchentliche Brotration allgemein auf 2 Pfund herabzusetzen. Aus den inländischen Versorgungsgebieten ist kaum wirksame Hilfe zu erwarten. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sind 4,8 Millionen Einwohner zu ernähren; der wöchentliche Mehlbedarf beträgt 7,2 Millionen Kilogramm. Der Preis des Auslandsmehlens wird sich auf 12 M. für das Kilogramm stellen, so daß ein 6 Pfund schweres Brot 14 bis 16 M. kosten wird. Die Versorgung der Bevölkerung mit ausländischem Mehl zur Brotbereitung würde etwa 400 Millionen M. erfordern. In den Verhandlungen mit dem Bienenverbande hat dieser sich bereit erklärt, für den Zweck der Brotversorgung seine Devisen in Höhe von 120 Millionen M. zur Verfügung zu stellen.

Das sind erschreckende Zahlen, die uns mit aller Deutlichkeit klar machen, daß das Vorgehen der sozialistischen Unruhestifter gerade in der gegenwärtigen Zeit das größte Verbrechen am deutschen Volke bildet.

Unorganisierte erhalten keine Tariflöhne.

Ein beachtenswertes und sehr richtiges Urteil fällt das Gewerbegericht in Essen. Der Arbeiter M. klagte gegen die Firma Schmitz-Scholl. Der Klage lag folgendes zugrunde. Kläger war bei den letzten beiden Lohn erhöhungen (laut Tarifabschluß) nicht berücksichtigt worden. Die Beklagte Firma machte geltend, sie habe die Tarife nach Verständigung mit dem Transportarbeiterverband nur für organisierte Arbeiter. Da M. nicht organisiert sei,

kämen für ihn die durch den Tarifabschluß bedingten Löhne nicht in Betracht. Das Gewerbegericht schloß sich den Ansichten der Firma an und wies den Kläger ab.

Dieses Urteil wird die Zustimmung der gesamten organisierten Arbeiterschaft finden. Es wäre zu wünschen, daß auch die übrigen Gewerbegerichte diese Ansicht ihrer Rechtsprechung zugrunde legen.

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

wird uns in seiner Gesamtheit nach wie vor als günstig bezeichnet. Die Beschäftigung der Wollwebereien läßt nichts zu wünschen übrig, obwohl infolge der teuren Preise für das Rohprodukt auch die Preise für das fertige Fabrikat gewaltig gestiegen sind. Was die Baumwollindustrie anbelangt, so haben auch hier die Preise für alle Waren weitere Erhöhungen erfahren. Die Spinnereien wie die Webereien arbeiten, soweit dies möglich ist, teilweise unter Hinzunahme von Ersatz-Rohstoffen. In der Wirkerei und Strickerei ist der Verkehr jetzt etwas ruhiger, doch bleiben auch in diesen Zweigen die Preise anhaltend fest. Ueber das Geschäft in der Futurindustrie liegen neuere Nachrichten von Belang nicht vor. Die Hanfindustrie verfügt über mehr Material und kann infolgedessen umfangreicher arbeiten. In der Seidenindustrie ist man voll beschäftigt. Die Preissteigerung für den Rohstoff hat vorläufig einen gewissen Stillstand erreicht, nur die Notierung für Schappeseiden war auch in der letzten Zeit höher.

Die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit Rußland und die deutsche Leinenindustrie.

Wie mehrfach berichtet wurde, besteht die Absicht, eine Kommission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse und zur Umbahnung geschäftlicher Beziehungen von Deutschland nach Rußland zu entsenden. Wie wir hören, wird auch die deutsche Leinenindustrie sich diesem Vorhaben anschließen, da sie ganz besonders daran interessiert ist, Rohstoffe aus Rußland zu erhalten. Ueber auch für die deutsche Wollindustrie käme der Bezug von russischen Wollen nicht unerheblich in Betracht, so daß die bezüglichen Handels- und industriellen Kreise in Deutschland auch darüber verhandeln, in welcher Weise sie sich nutzbringend an einer Handelsexpedition nach Rußland beteiligen könnten.

Aus der internationalen Textilindustrie.

wird berichtet, daß die japanischen Wirkwarenfabrikanten neuerdings Versuche machen, ihre Fabrikate nach England zu exportieren, da die englische Wirkwarenindustrie, wie schon mehrmals gemeldet wurde, nicht in der Lage ist, den einheimischen Bedarf zu decken. Es ist anzunehmen, daß in diesem Falle die Wirkwarenfabrikanten Japans mit denen Amerikas nicht ohne Erfolg konkurrieren können. In Amerika selbst hat sich fast in allen Zweigen der Textilindustrie der Geschäftsvorkehr wesentlich ruhiger wie in der vorhergegangenen Zeit gestaltet. Die Einkäufer der Amerikaner in Rohstoffen haben sich außerordentlich vermindert, speziell in Seide, in welcher nach übereinstimmenden und zuverlässigen Berichten in New York große Mengen lagern sollen. Recht günstig scheint die Lage der südamerikanischen Textilindustrie zu sein. Für viele Artikel, besonders der Baumwollindustrie, scheint die italienische Einfuhr nicht nur vermindert, sondern teilweise ganz unterbunden zu sein. In der spanischen Textilindustrie mehren sich die Anzeichen, daß alle Zweige wesentlich besser wie bisher beschäftigt sind, während andererseits das Webstoffgewerbe in Portugal nach wie vor mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Aus unserer Bewegung.

Betrifft Arbeitslosenzählung.

Das Ergebnis der Februarzählung ist folgendes: 493 Ortsgruppen mit 36841 männlichen und 62846 weiblichen Mitgliefern, zusammen 99688. Nicht berichtet haben 222 Ortsgruppen mit 14849 männlichen und 25397 weiblichen Mitgliefern.

Arbeitslos waren 262 männliche und 864 weibliche, zusammen 1126 Mitglieder. Im Januar zählten wir eine Mitgliederzahl von 96470. Wir haben somit 3218 neue Mitglieder im Laufe des Monats Februar zu verzeichnen.

Betriebsrätekonferenz in Leipzig.

Fädel: „Die christliche Organisation stehe den Betriebsräten feindlich gegenüber. Sie rände auf dem Boden bürgerlicher Auffassung.“ („Textil-Arbeiter“ Nr. 11.)

Der christliche Textilarbeiterverband hat bereits auf seiner Generalversammlung im Jahre 1919 u. a. gefordert, daß die Arbeiter in den Betriebsräten ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht bekommen sollten. Fädel sagt die Unwahrheit, wenn er behauptet, daß wir den Betriebsräten feindlich gegenüberstünden. Angesichts des Terrorismus, der von radikalen Elementen in den Betrieben geübt wird, begründen wir es allerdings, daß das Betriebsrätegesetz dem etwa einen Stiegel vorschleibt. Wenn das eine bürgerliche Auffassung sein soll, haben wir nichts dagegen. Nun ist Herr Fädel ja auch kein Anhänger der reinen Räteorganisation. Vielleicht werden ihm deshalb die Syndikalfisten sagen, daß der Deutsche Textilarbeiter-

verband dem Rätegedanken feindlich gegenüberstehe und seine Auffassung eine bürgerliche sei. Man sieht, die bürgerliche Auffassung ist ein sehr dehnbarer Begriff.

Die Wahl und Bildung von revolutionären Betriebsräten

Ist in den letzten Wochen in einer Anzahl von Betrieben erfolgt. In allen jenen Fällen, wo diese Betriebsräte nicht nach den Bestimmungen der Wahlverordnung zum Betriebsrätegesetz zustande gekommen sind, sind dieselben ungesellig und muß gegen die Bildung solcher Räte von unseren Mitgliedern protestiert werden.

Textilarbeitertagung in Bayern.

Im großen Saale des Parkrestaurant zu Kempten veranstaltete die Ortsgruppe Kempten unseres Verbandes am Samstag, den 6. März, eine würdige Feier zum 15jährigen Stiftungsfest. Die Veranstaltung wurde eingeleitet durch einige Musikstücke der Kapelle Geiprecht.

Gen.-Schr. Kollege Egger behandelte in einem Vortrage das Thema: „Grundzüge der christlichen Sozialpolitik“. Seine Ausführungen gipfelten in der Hauptsache in folgenden Gedanken: Der Aufbau einer neuen Kultur der Wissenschaft, Literatur und Kunst ist geknüpft an die Rückkehr der Menschheit zu den Grundtendenzen des Christentums und seiner bewährten Ordnungen.

Am darauffolgenden Tag fand unter Leitung des Bezirksleiters Kollegen Geier aus Augsburg eine außerordentliche Bezirkskonferenz für Südbayern ebenfalls im Parkrestaurant statt.

Bezirksleiter Geier berichtete in erster Linie über die Lage des Verbandes und einige vom Zentralvorstand und Verbandsausschuß beschlossene Neuerungen.

Als zweiter Punkt wurde vom Gen.-Schr. Kollegen Rothbr. Augsburg die gegenwärtig so wichtige Frage des Betriebsrätegesetzes behandelt.

Am Schluß der Konferenz richtete der Vorsitzende einen warmen Appell an die anwesenden Delegierten, alle die in der Konferenz in sich aufgenommenen Anregungen in ihren Ortsgruppen zu verwirklichen und wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft am weiteren Ausbau unseres Verbandes zu wirken und zu arbeiten.

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

Rumburg i. Böhmen. Die Lohnbewegung ist ein Merkmal in der Gewerkschaftsbewegung. Die sozialdemokratische „Union“ wollte unsere Organisation unmöglich machen, indem sie uns bei dem Vertragsabschluss auszuweichen suchte.

Schludenan. Die Bezirkskonferenz für Rumburg, Schludenan und Wernsdorf am 14. März zeigte einen sehr erfreulichen Stand unserer Organisation nach dem Berichte des Kollegen Kraper.

Wernsdorf. Unsere Mitgliederversammlung am 14. März war dem neuen Lohnsatz gewidmet. Wir haben auf abgeklärtem Wege über die Verhandlungen und die Vertragsbestimmungen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Appelhäfen. Am 7. März fand im Lokale Jol. Holtmann herzlich eine Versammlung der Appelhäfen Textilarbeiter statt. Betr. des Besuches solcher Versammlungen ist es im Interesse aller Mitglieder eine unbedingte Notwendigkeit, solche auch pünktlich und vollständig zu besuchen.

Cassel. Die christlichen Gewerkschaften und die neue Zeit, so lautete das Thema, über das unser Verbandsvorsitzender, Kollege Bernhard Otte in einer am 27. Februar vom Ortskartell anberaumten und sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung sich verbreitete.

Als erster Diskussionsredner von sozialdemokratischer Seite trat ein Herr Berain auf, der die Ausführungen des Herrn Otte zum größten Teil zu den seinigen machte, aber erklärte, daß das Christentum nicht die größten ethischen und moralischen Triebkräfte besitze; auch seien die freien Gewerkschaften neutral.

Cottbus. Von einem guten Gewerkschaftsgeist legte unsere letzte Versammlung herliches Zeugnis ab. Der Einladung des Vorstandes unserer Ortsgruppe zu der am 6. März stattgefundenen Versammlung hatte eine schöne Anzahl Mitglieder Folge geleistet.

Düren. Die am 29. Februar im Klemmischen Lokale tagende Generalversammlung wurde um 6 Uhr vom Vor-sitzenden Kollegen Jol. Schunkten eröffnet.

Schmallenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

triebe sich befindlichen christlichen Kollegen herabgesetzt merke. Unsere Kollegen haben nicht der Mut, gegen gewisse „Schreier“ aus dem gegnerischen Lager Front zu machen.

Am Montag, den 1. März, fand hier eine stark besuchte Vorstände- und Vertrauensleutekonferenz im Gesellenhaus Saale statt. Kollege Hermes gab einen Bericht über den Stand unserer Bewegung.

Salzbergen. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung fand am 10. März im Saale des Wirtens Bolte statt. Alle Sitzplätze waren besetzt, so daß mehrere Kollegen mit einem Stuhlsgestühl stülisch nehmen mußten.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Schmalenberg (Sauerland). Am Montag, den 1. März, fand hier eine vollbesetzte Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Balzer eröffnete dieselbe und hieß alle Mitglieder herzlich willkommen.

Inhaltsverzeichnis.

Rein Volk! — Artikel: Nach der rechts- nun eine links-parteiliche Wahnsinnspolitik. — Gegen die Quertreibereien bestimmter Interessentengruppe. — Feuilleton: Etwas über die Mitarbeit der Frau am Volksganzen. — Allgemeine Rundschau: Eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen dem Bergwerksbestizern und dem Reichswirtschaftsministerium.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 56, Kontordiastr. 7.